



Elisabeth Jeggler

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 10. - 14. Juni 2013

Menschenrechtsverletzungen machen EU-Beitritt der Türkei unmöglich

Große Sorge bereiten mir in den letzten Tagen die Vorkommnisse in der Türkei, die auch Menschenleben forderten. Die Art und Weise wie die Regierung von Ministerpräsident Erdogan auf die Proteste von vor allem jungen Menschen reagiert hat ist erschreckend. Dies ist ein Zeichen dafür, wie weit die Türkei von einer EU-Mitgliedschaft entfernt ist.

Zu den bürgerlichen Rechten, die Europa hochhält, gehören vor allem die Medien-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit - und diese tritt die türkische Regierung im Moment mit Füßen. Die türkischen Medien berichten kaum über die Geschehnisse. Gerade als stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss für Menschenrechte verurteile ich diese Handlungen, die einen Beitritt der Türkei unmöglich machen.



Proteste auf dem Taksim-Platz (Quelle: tagesschau.de)

Es ist mir daher unverständlich, warum in genau diesem Moment die Beitrittsverhandlungen intensiviert werden sollen. Meiner Meinung nach ist das nicht zielführend: weder würde es den mutigen Protestierenden bei ihrem Kampf um mehr Demokratie helfen, noch würde es das richtige Signal in Richtung Türkei senden. Diese sollte sich sofort zu einem demokratischen Regierungsstil bekennen, alle zu Unrecht Inhaftierenden freilassen und mit der Zivilgesellschaft in Kontakt treten, um dieser ihr Anrecht auf Partizipation zu ermöglichen. Am 13. Juni hat das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, die diese Forderungen widerspiegelt. Zusätzliche Informationen finden Sie [hier](#).

Stärkung der transatlantischen Partnerschaft

Am heutigen Donnerstag wurde ein Bericht über eine Vertiefung der transatlantischen Beziehungen sehr positiv abgestimmt. Starke politische und wirtschaftliche Beziehungen über den Atlantik sind für uns Europäer von übergeordneter Wichtigkeit. Als fundamentale Basis sehe ich hierbei die Beziehung zwischen EU und USA, wobei die weiteren Staaten Nord- und Südamerikas bestmöglich mit einzubeziehen sind. Hier denke ich in erster Linie an die strategischen Partner der EU, Brasilien, Mexiko und Kanada.

Vor allem die Beziehungen zu den USA sollten für die EU einen besonders hohen Stellenwert einnehmen. Das angestrebte bilaterale Handelsabkommen mit den USA zielt darauf ab, den Handel zwischen beiden Kontinenten zu intensivieren. Durch den geplanten Abbau von Handelshemmnissen, erhoffen sich die Partner Impulse für Wirtschaftswachstum und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks.

Neben der transatlantischen Dimension, dürfen wir aber auch nicht den aufstrebenden asiatisch-pazifischen Raum außer Acht lassen. Wir müssen unsere europäisch-amerikanische Zusammenarbeit auch deswegen intensivieren, um die Möglichkeit gemeinsamer und damit verstärkter Einflussnahme in einer zunehmend komplexeren Welt zu wahren.

Gemeinsame EU-Asylpolitik

Das Plenum im Europäischen Parlament hat am gestrigen Mittwoch in einem Bericht für gemeinsame europäische Mindeststandards bei Asylverfahren gestimmt. Asylverfahren werden zwar nach wie vor von den Nationalstaaten durchgeführt und genehmigt, allerdings soll es nach unserem gestrigen Votum von nun an einheitliche Standards für die Asylpolitik in der EU geben. So wird gesichert, dass Asylbewerber nicht in einem EU-Land einen Antrag auf Asyl stellen können, wenn sie davor bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat abgelehnt wurden. Das neue Gesetz setzt keinen Anreiz mehr, innerhalb der EU von Land zu Land ziehen, um letztlich in einem der Länder Asyl zu erhalten.

Mit der neuen Regelung wird außerdem der Schutz von Asylbewerbern gestärkt und vor allem Minderjährigen ein besserer Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung verschafft, was ich vor dem Hintergrund einer schnellen Integration für wichtig halte. Wenn offenkundig klar ist, dass ein Asylverfahren keine Aussicht auf Erfolg hat, sollen Asylbewerber aber auch zügig ausgewiesen werden können.



Flüchtlinge auf Lampedusa, Italien (Quelle: tagesschau.de)

Diese einheitlichen EU-Regelungen schaffen nun endlich Klarheit. Jetzt kann sich kein EU-Mitgliedsstaat mehr vor seiner Verantwortung bei der Aufgabe der Bewältigung des Asylbewerberzustroms drücken. In diesem Zusammenhang halte ich auch die nun beschlossenen Möglichkeiten der verbesserten gemeinsamen Kriminalitätsbekämpfung für notwendig. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Reform des Schengen-Abkommens

Auch am Mittwoch wurde in einem weiteren Bericht für die Wiedereinführung von befristeten Grenzkontrollen gestimmt. Mit der Reform der Schengenregelung wird es möglich, bei "sicherheitsgefährdenden Großereignissen" oder nicht ausreichender Sicherung der Schengen-Außengrenzen durch andere Staaten wieder befristet Grenzkontrollen einzuführen. Jedoch stellt dies lediglich ein Notfall-Mechanismus für Extremfälle dar.

Zu den genannten Großereignissen zählen Weltmeisterschaften oder Olympiaden, aber auch eine Massenankunft von Flüchtlingen, wie wir sie immer wieder im



Die griechische Grenze (Quelle: EP)

Mittelmeerraum erleben. Für die Überwachung der korrekten Grenzsicherung sind zukünftig europäische Inspektoren zuständig, die willkürliche Grenzkontrollen verhindern sollen. Auch wenn die Reisefreiheit innerhalb der EU eine der hauptsächlichen Errungenschaften des europäischen Projekts darstellt, ist die Sicherung der Schengen-Außengrenzen für unsere Sicherheit wichtig.

Deshalb habe auch ich mich für die Möglichkeit von

Grenzkontrollen in Extremfällen ausgesprochen, wobei die Freizügigkeit der EU-Bürger dabei so wenig wie möglich zu beschneiden ist. Einen Missbrauch dieser Maßnahme müssen wir daher unbedingt verhindern. Näheres zur Schengenproblematik finden Sie [hier](#).



mit herzlichen Grüßen
Elisabeth Jeggle

Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggle.de

**Elisabeth Jeggle,
Mitglied des Europäischen Parlaments**